

Militär gegen die Demonstranten vor. In der Universitätsstadt Córdoba, dem Zentrum des Aufruhrs, gab es 29 Tote. Am 30. Mai riefen die bis dahin zerstrittenen peronistischen Gewerkschafts-Dachverbände gemeinsam den Generalstreik aus; drei Millionen Werktätige legten für 24 Stunden die Arbeit nieder.

Noch dreimal riefen allein während des vergangenen Jahres die Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Als im Sommer der peronistische Metallarbeiterboß Augusto Vandor, genannt El Lobo („Der Wolf“), von unbekanntem Tätern ermordet wurde, wußte sich das Regime nur durch den Belagerungszustand zu helfen — der bis heute nicht aufgehoben wurde. Hunderte von Regimegegnern wanderten für Monate ins Gefängnis.

Die brutale Repression brachte Reitergeneral Onganía um Ansehen und Autorität — auch bei vielen Militärs. Die alte Kluft zwischen Liberalen und Nationalisten, die in früheren Jahren zu erbitterten Richtungskämpfen unter den Militärs geführt hatte und die der Staatschef bis dahin einigermaßen geschickt überbrücken konnte, brach wieder auf.

Immer häufiger und immer ungenierter überfielen zudem in den vergangenen Monaten Terroristen Banken und Polizeiposten, Militärszüge und Kasernen, um Geld oder Waffen zu rauben. Im März dieses Jahres entführten Extremisten den paraguayischen Konsul in Argentinien, Waldemar Sánchez.

Der offenbar entscheidende Schlag gegen das Prestige des Generals fiel im vergangenen Monat — am 29. Mai, dem „Tag der Streitkräfte“, genau ein Jahr nach dem Aufstand von Córdoba: Zwei Männer in Militäruniform besuchten den Ex-Präsidenten General Pedro Eugenio Aramburu in seiner Wohnung und verschwanden mit ihm.

Präsident Onganía schickte 22 000 Polizisten auf die Suche nach dem Verschollenen — vergebens. Bis zum vergangenen Wochenende blieb unklar, wer die Entführer waren und ob ihr Opfer, wie in mehreren Manifesten angedroht, schon exekutiert ist.

Einige Monate vor seiner Entführung hatte Aramburu in der Provinzzeitung „Los Principios“ beklagt, daß das Regime Onganía die Ziele der Revolution von 1966 nicht erreicht habe. „Ich vertraue darauf“, so Aramburu, „daß die drei Oberbefehlshaber ihre historischen Pflichten erfüllen werden.“

Sie seien sich ihrer „historischen Verantwortung bewußt“, erklärten nun die drei Mitglieder der Junta, Heereschef Lanusse, Luftwaffengeneral Rey und Admiral Gnavi, als sie letzte Woche den Präsidenten stürzten.

Als „Ersatzmann für Onganía, von dem die Liberalen wie auch einige Militärs träumen“, so die Zeitschrift „Panorama“, galt bislang der verschwundene Aramburu.



Plan-Kommissar Montjoie
„Vitamine für die Wirtschaft“

WIRTSCHAFTSPLAN FRANKREICH

Zukunft mit Fifi

Amerikas Präsident John F. Kennedy hoffte einst, mit ihrer Hilfe die US-Wirtschaft zu sanieren, und schickte ein Expertenteam. Frankreichs Präsident Charles de Gaulle nannte sie eine „flammende Verpflichtung“ und eine „große Sache“. Beide Staatsmänner meinten — Anfang der sechziger Jahre — die französische Planifikation.

Heute ist das Renommee der französischen Wirtschaftsplanung „auf dem niedrigsten Punkt seit zehn Jahren“ (so „Le Monde“). Corentin Calvez von der Manager-Gewerkschaft „Confédération générale des cadres“ (CGC) behauptet gar: „Man kann gut ohne den Plan leben.“

Seit einem Vierteljahrhundert ist „la planification“ das Zauberwort, mit dem das Land den Sprung zur Industrie-Großmacht schaffen will. Denn



Plan-Kritiker Ruff
„Kikeriki“

erst 41 Prozent (Bundesrepublik: 48 Prozent) der Beschäftigten arbeiten in der Industrie, nur ein Viertel (Bundesrepublik: 40 Prozent) in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten.

Alle fünf Jahre werden für die meisten Wirtschaftsbranchen, aber auch für Bereiche wie Erziehung und Gesundheitswesen, Einzelpläne aufgestellt, in denen unter anderem Wachstumsrate, Lohnsteigerungen, Preisentwicklung und Betriebsstillegungen projektiert werden. Was früher Hunderte von Planbeamten in Handarbeit ausfüllten, errechnet heute der Großcomputer „physico-financier“ — von den Franzosen nach seinen Anfangslauten kurz „Fifi“ genannt.

Fifi fand beispielsweise heraus, daß bei einer Wachstumsrate von 6,5 Prozent im Jahre 1975 etwa 150 000 Kleinbetriebe (mit 1,6 Millionen Arbeitern) pleite machen werden und etwa 300 000 Händler den Beruf wechseln müssen.

Die Vorhersagen über künftige Wachstumsraten waren bislang sehr präzise. Für die Planperiode 1962 bis 1965 hatten die Planer 6,2 Prozent vorhergesagt und 6,3 Prozent erreicht. Für den laufenden Fünften Plan (1966 bis 1970) stimmen Planziel und Realität sogar genau überein: 5,7 Prozent.

Aber: In einzelnen Jahren differierten prognostiziertes und realisiertes Wachstum beträchtlich. 1968 beispielsweise irrten sich die Planer um 4,2 Prozent, 1969 sogar um 8,7 Prozent. Schlimmer noch ist, daß sich die Planprognose für bestimmte volkswirtschaftliche Größen als völlig falsch erwies. So hatten Frankreichs Planer für die Fünfjahresperiode 1966 bis 1970 beispielsweise eine Preissteigerung von 1,5 Prozent jährlich vorausgesagt — in Wirklichkeit waren es 4 Prozent.

„Der Plan“, behauptet Frankreichs oberster Plankommissar René Montjoie euphorisch, „das sind Vitamine für die Wirtschaft.“ Nüchterner urteilten die beiden amerikanischen Ökonomieprofessoren John H. McArthur und Bruce R. Scott. In einer jüngst veröffentlichten Untersuchung stellten sie fest, daß die Planifikation „praktisch keinerlei Einfluß auf die Politik französischer Unternehmen“ habe.

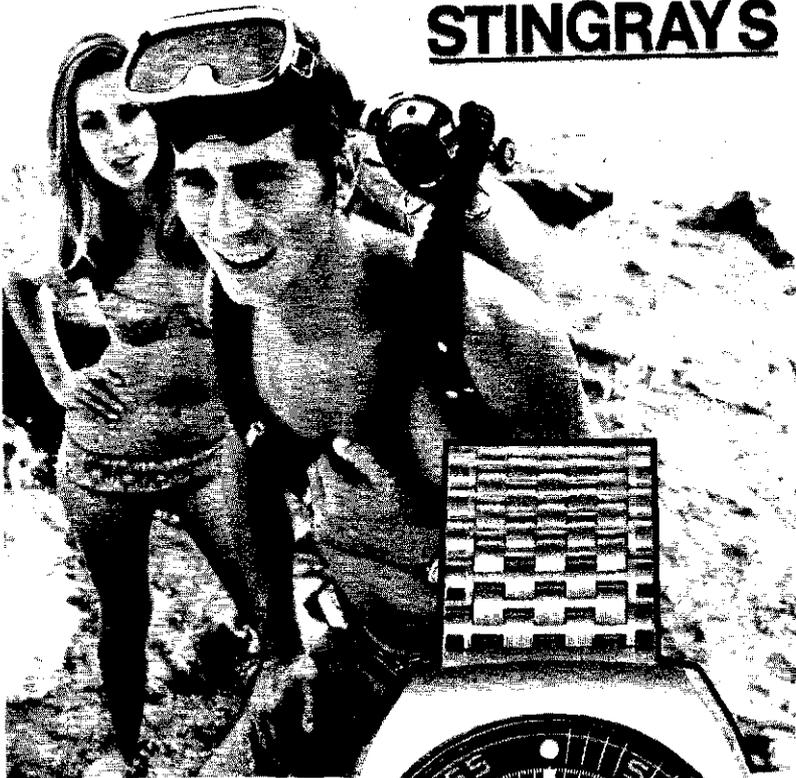
Das war nicht immer so. Als Frankreichs damaliger Plan-Kommissar Jean Monnet 1945 den ersten Plan aufstellte, ging es in erster Linie darum, die Basis-Industrien wiederaufzubauen. Mit Produktions-Kontingenten, Importlizenzen und amerikanischen Marshallplan-Geldern lenkte die Regierung Frankreichs Wirtschaft genau nach Monnets Muster. Der Plan wurde ein voller Erfolg.

„Vom zweiten Plan an jedoch“, kritisiert heute das Wirtschaftsmagazin „L'Expansion“, „gewann die Planifikation in gleichem Maße an Umfang, wie sie an Tiefe verlor.“ Am neuesten Sechsten Plan, der diese Woche im Parlament beraten wird, zimmerten 2926 Wirtschaftler und Administratoren, Wissenschaftler und Ingenieure in 68 Ausschüssen. Sie zankten sich oft um lächerliche Details.

Unter Vorsitz von Staatspräsident Georges Pompidou zerstritt sich die

**Roamer
präsentiert
internationale
Erfolgsmodelle**

STINGRAYS



100% wasserdicht bis 200 m Tiefe dank patentiertem Druckverschluss. Tauchzeitskala durch Panzerglas geschützt und nur durch Herausziehen der Sicherheitskrone verstellbar. Automatisch, mit Datum. Aus hochwertigem, handgeschliffenem Schwedenstahl.

Fabrikgarantie. Weltweite Service-Organisation.



STINGRAY S
Ref. 215-5
DM 282.—



ROAMER

Roamer GmbH,
Königstrasse 20, Hannover
Roamer Haus
Roamer Watch Co. SA
Solothurn/Schweiz

★ Wir senden Ihnen gerne ★
★ einen Prospekt sowie ★
★ ein Verzeichnis der Uhren- ★
★ fachgeschäfte in Ihrem ★
★ Umkreis, wo die Roamer ★
★ Stingray S erhältlich ist. ★

Ministerrunde Mitte April beispielsweise darüber, ob das Wachstumsziel von durchschnittlich sechs Prozent jährlich „etwa“ oder „annähernd“ erreicht werden soll. „Das war kein Ministerrat mehr“, spottete „L'Express“, „sondern die Sitzung einer Wörterbuch-Redaktion.“

Die Plankritik kam von links und rechts. Schon früh hatten Kommunisten und Gewerkschaftler der kommunistisch beeinflussten CGT Front gegen den Plan gemacht. CGT-Sekretär Henri Krasucki: „Man kann doch von uns nicht verlangen, an der Ausarbeitung der Politik unserer Ausbeuter teilzunehmen.“

Auch nicht-kommunistischen Linken wie dem ehemaligen Ministerpräsidenten und Ex-Mitglied der PSU, Pierre Mendès France, ging der Plan nicht weit genug. Der heutige PSU-Chef Michel Rocard stellte sogar einen Anti-Plan auf, der von den sozialen Belangen der Arbeiter und kleinen Angestellten ausgeht.

Was den Linken als zu wenig erschien, war den Liberalen schon zu viel. Staatschef Pompidou im vergangenen Jahr: „Die Rolle des Staates kann nicht darin bestehen, die Wirtschaft zu dirigieren und im Detail zu kontrollieren.“ Frankreichs Alt-Liberaler und ehemaliger De-Gaulle-Berater Jacques Rueff spottete gar: „Das ist wie mit dem Hahn, der glaubt, mit seinem Kikeriki die Sonne zu wecken.“

Tatsächlich leidet Frankreichs Planification darunter, daß viele Unternehmer die im Plan festgelegten Ziele nicht beachten. Die Planzahlen mit dirigistischen Mitteln durchzusetzen, lehnt die Regierung ab.

Aber nicht nur diese Gefahr, die jeder staatlichen Planung in demokratischen Staaten droht, ist schuld an dem Vertrauensverlust französischer Unternehmer und Gewerkschaftler in die Planification. Mehr noch ist es die Entwicklung der internationalen Wirtschaftsverflechtung und die fehlende Bereitschaft des Staates, seine Ausgaben den Planzielen unterzuordnen.

„Die internationale Konkurrenz macht die genaue Festlegung einzelner mittelfristiger Ziele völlig illusorisch“, schreibt die Wirtschaftszeitung „La Vie française“: „Wer kann beispielsweise im Ernst vorhersagen, wie hoch unsere Automobilproduktion im Jahr 1975 sein wird, wo die Hälfte dieses Industriezweiges exportabhängig ist.“

Während beispielsweise die Bonner Regierung ihre Budgetausgaben im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung (Mifrif) festlegt, haben die Franzosen diesen Bereich — den einzigen, über den sie die absolute Kontrolle haben — von der Planification ausgeklammert, obgleich in Frankreich nahezu 40 Prozent des Brutto-sozialprodukts (Bundesrepublik: 33,5 Prozent) über den Fiskus laufen.

Dennoch wollen die Franzosen ihre Planification nicht aufgeben. „In einem Land wie Frankreich“, schreibt „L'Expansion“, „in dem man Angst vor dem Wachstum hat, wäre es schade, wenn der Plan seinen mythologischen Wert verlieren würde.“